

13. Kanton Zürich als Trägerin des Kinderspitals

Motion Sibylle Marti (SP, Zürich), Michael Bänninger (EVP, Winterthur),
Nicole Wyss (AL, Zürich) vom 6. Mai 2024

KR-Nr. 160/2024, RRB-Nr. 873/21. August 2024 (Stellungnahme)

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Das Kinderspital (*Kispi*) Zürich steht finanziell schlecht da. Dieses und letztes Jahr musste der Kanton Zürich mehrmals Millionenbeiträge sprechen, damit der Betrieb des Kinderspitals weitergeführt werden konnte, weil das Kinderspital beziehungsweise die Eleonorenstiftung als private Trägerin Liquiditätsprobleme hatte und immer noch hat. Insgesamt hat der Kanton bereits 60 Millionen Franken in das Kinderspital eingeschossen. Zudem hat er 200 Millionen Franken an Krediten für den Neubau gewährt, wobei ein weiterer 50-Millionen-Franken-Kredit für 2025 bereits 2024 in Aussicht gestellt wurde. Die wiederholten riesigen Finanzspritzen an das Kinderspital Zürich zeigen, dass das Kinderspital ohne staatliche Subventionen und Kredite nicht überleben kann. Es ist bereits jetzt absehbar, dass die Finanzhilfe von 25 Millionen Franken, die wir mit den Nachtragskrediten (*Vorlage 6021*) vor den Sommerferien bewilligt haben, nicht die letzte finanzielle Unterstützung gewesen ist. Das Ziel, dass es ab 2026 keine weiteren Kantonsbeiträge mehr braucht, wird – davon bin ich überzeugt – nicht zu erreichen sein, der Kanton Zürich wird weitere Gelder sprechen müssen.

«Gelder sprechen müssen» meint: Der Kanton hat keine andere Wahl, denn das Kinderspital ist systemrelevant für den Kanton Zürich und weit darüber hinaus. Es ist ein unverzichtbarer Bestandteil der medizinischen Akutversorgung in der Kinder- und Jugendmedizin und es ist als Universitätskinderspital des Kantons ein unverzichtbarer Bestandteil für Forschung und Lehre sowie für die Ausbildung und Weiterbildung von Kinderärztinnen und -ärzten. Tobias Langenegger hat es Ihnen bereits vor den Sommerferien gesagt, als wir den Nachtragskredit behandelt haben: Weil das Kinderspital systemrelevant ist, hat es de facto eine Staatsgarantie. Das heisst, der Kanton wird immer haften, egal was passiert; dies aus dem einfachen Grund, weil das Kinderspital, wie ich es Ihnen ausgeführt habe, unverzichtbar ist.

Es ist jedoch stossend, wenn der Staat und damit letztlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eine private Organisation aufgrund ihrer Systemrelevanz finanziell mit enormen Summen unterstützen muss, ohne gleichzeitig die Ausrichtung und die Strategie, die Geschäftsführung und die Governance dieser Organisation selber festlegen und beaufsichtigen zu können. Aus diesem Grund wollen wir den Regierungsrat mit unserer Motion beauftragen, mit der Eleonorenstiftung als privater Trägerin des Kinderspitals in Verhandlung zu treten und die notwendigen

rechtlichen und finanziellen Massnahmen zu ergreifen, mit dem Ziel, das Kinderspital in eine kantonale Trägerschaft zu überführen.

Die Gesundheitsdirektion hat aufgrund der akuten Finanzkrise des Kinderspitals ebenfalls Handlungsbedarf erkannt und die Millionenbeiträge an das Kinderspital an Bedingungen geknüpft. So nimmt der Kanton nun mit zwei Vertretern direkten Einsitz im Stiftungsrat. Das Kinderspital muss ein monatliches Finanzreporting an die Gesundheitsdirektion abliefern. Das Kinderspital musste eine Arbeitsgruppe unter kantonalem Vorsitz einsetzen, die die Werthaltigkeit der kantonalen Darlehen sicherstellen soll. Und die Eleonorenstiftung muss bis Ende Jahr über Verbesserungen in der Governance berichten. Diese Massnahmen sind gut und wir danken Regierungsrätin Natalie Rickli dafür. Aber sie genügen nicht, diese Massnahmen werden nicht ausreichen. Nathalie Rickli hat in der Debatte vor den Sommerferien selbst gesagt, es sei unklar, wie der Turnaround in diesem Jahr gelingen könne. Der Abgang des CEO (*Georg Schäppi*) in dieser angespannten Situation lässt hier nichts Gutes vermuten, auch wenn dieser Posten inzwischen wieder besetzt werden konnte. Ebenfalls nichts Gutes vermuten lassen Zeitungsartikel wie derjenige in der Neuen Zürcher Zeitung vom 30. Juni 2025, in dem davon die Rede ist, dass das Kinderspital drastische Sparmassnahmen ergreift, die in erster Linie das Personal und damit auch die Behandlung und die Sicherheit der Patientinnen und Patienten treffen. Bei der Qualität der Behandlung und der Sicherheit der kleinsten und verletzlichsten Patientinnen und Patienten zu sparen, ist nicht nur aus ethischen Gründen inakzeptabel, sondern auch extrem kurzsichtig, weil dies auf längere Sicht unweigerlich zu Kündigungen beim Personal führen wird, das den Qualitätsabbau und die damit einhergehende Mehrbelastung fürs Personal nicht mittragen will und kann. Im NZZ-Artikel werden bereits solche Personalabgänge erwähnt, insbesondere beim Pflegepersonal. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, wenn wir weiterhin eine qualitativ hochstehende Kindermedizin wollen, in der die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft gut betreut und umsorgt werden, wird der Kanton dem Kinderspital auch in Zukunft Finanzhilfe leisten müssen.

Die Kolleginnen und Kollegen von der rechten Ratsseite und aus der Mitte werden jetzt dann gleich zwei Dinge sagen, die ich hier vorwegnehmen möchte: Erstens werden sie sagen, dass die Finanzschwierigkeiten des Kinderspitals mit äusseren Faktoren zu tun hätten und insofern nicht auf ein Versagen der Leitung und der Eleonorenstiftung zurückzuführen seien. Natürlich gab es eine massive Teuerung in der Baubranche, die sich beim Neubau bemerkbar machte. Und ja, die Tarife in der Kindermedizin sind zu tief. Diese Probleme können wir aber im Kanton Zürich nicht beeinflussen. Für die Tarife ist der Bund zuständig, und die Bauteuerung ist gegenwärtig schlicht und einfach eine Tatsache. Die FDP-dominierte Eleonorenstiftung hat sich jedoch massiv verschätzt, was ihre eigene Finanzkraft anbelangte. Praktisch das ganze Stiftungsvermögen ist in die Erstellung des Neubaus geflossen, deshalb ist sie jetzt in einer finanziellen Schieflage, die die Auf-

rechterhaltung des laufenden Betriebs gefährdet. Was passiert, wenn der Eleonorenstiftung das Geld ganz ausgeht? Zu diesem alles andere als unrealistischen Szenario hört man von der Stiftung nichts.

Zweitens werden die Ratskolleginnen von rechts und aus der Mitte jetzt dann gleich sagen, eine kantonale Trägerschaft des Kinderspitals sei für den Kanton auch deshalb nicht gut, weil das Kinderspital sehr viele Spenden erhalte, die dann weniger würden. Es stimmt, dass es der Eleonorenstiftung gelungen ist, rund 135 Millionen Franken für den Neubau zu sammeln und dass über Spenden auch Forschung und Betrieb unterstützt werden. Es mag auch sein, dass der Spendenertrag etwas zurückginge, wenn das Kinderspital künftig eine kantonale Trägerschaft hätte. Die Stiftungen des Universitätsspitals und der Universität, die noch nicht so lange bestehen, aber immer erfolgreicher werden, zeigen aber, dass weiterhin mit namhaften Spenden gerechnet werden kann, gerade für Forschung und innovative Projekte. Zudem sind die Spenden beim Kinderspital ja offenbar doch nicht so gross, dass sie ausreichen würden, den laufenden Betrieb zu finanzieren.

Macht man sich ein realistisches Bild von der Finanzlage des Kinderspitals einerseits und von der Systemrelevanz des Kinderspitals andererseits, dann wird schnell klar: Das Kinderspital wird auch in Zukunft Geld vom Kanton benötigen. Wir sind bereit, diese Mittel zu investieren, weil wir für unsere kleinsten Patientinnen und Patienten eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung wollen. Die Bedingung dafür ist aber, dass das Kinderspital als systemrelevantes Spital der öffentlichen Hand gehört. Denn nur als Eigentümer können der Regierung und der Kantonsrat die Entwicklung und die Geschäftsführung des Kinderspitals effektiv steuern und beaufsichtigen und damit verhindern, dass das finanzielle Risiko dieses systemrelevanten Spitals beim Staat liegt, während sich die Entscheidungsgewalt in den Händen einer privaten Organisation befindet.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, unsere Motion zu unterstützen, und ich danke Ihnen dafür.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Liebe Sibylle Marti, herzlichen Dank, du hast wirklich einen Teil des Votums vorweggenommen. Ich möchte aber trotzdem noch einmal darauf hinweisen: Wenn man sich nicht nur ein realistisches Bild der Finanzen des Kindesspitals macht, sondern auch ein realistisches Bild der Kantonsfinanzen, kann sich der Kanton Zürich diese Eigentumsübernahme gar nicht leisten. Seit 1930 ist das Kinderspital als Unternehmen im Handelsregister eingetragen. Die Frage, ob die universitäre kindermedizinische Versorgung auch inskünftig von einer privaten Institution wahrgenommen werden soll oder ob der Staat ein Kinderspital errichten und betreiben will, wurde wiederholt geprüft und stets verworfen. Die Form der Trägerschaft des Kinderspitals hat sich während seines rund 150-jährigen Bestehens grundsätzlich bewährt.

Ob die Ursachen für die derzeitige finanzielle Situation des Kinderspitals auch in der Trägerschaft begründet liegen, ist eigentlich völlig nebensächlich, denn die mit dieser Motion angestrebte Änderung ändert nichts an der finanziellen Situation, an den finanziellen Gegebenheiten, jemand muss es bezahlen. Und ja, es ist

stossend, aber es ändert nichts, ob die Trägerschaft beim Kanton oder bei einer privaten Stiftung ist. Der Kanton Zürich müsste somit viel, viel tiefer in die Tasche greifen, und das Vertrauen ins Zürcher Kinderspital würde mit dieser feindseligen Übernahme oder, auf Neudeutsch, unfriendly Takeover gleichzeitig zerstört. Private Spenden, ein nicht zu unterschätzender Teil der Finanzierung, würden versiegen, wegfallen und müssten vom Kanton Zürich ersetzt oder teilweise ersatzweise geleistet werden. Ich möchte hier auch an das Fiala-Charity-Game mit dem ZSC (*Zürcher Eishockey-Club*) hier in Zürich erinnern. Es war ein wunderbares Spiel. Es wurden sehr viele Spenden generiert durch die Eintritte: 10'000 Leute, die bis zu 250 Franken Eintritt zahlen, das gibt ein bisschen Geld. Und ja, das Kinderspital hat profitiert, aber nicht das Kinderspital Zürich, sondern das Kinderspital St. Gallen hat die Spenden bekommen. Und da müssen Sie schon das Signal sehen: Wieso ist es nicht in der Nähe geblieben? Was war der Grund, dass das Kinderspital St. Gallen zum Zug gekommen ist? Überlegen Sie sich das.

Wie in der Beantwortung der dringlichen Interpellation 123/2024 betreffend Finanzkrise bei den Zürcher Spitälern ausgeführt, ist die finanzielle Situation heute in fast allen Spitälern der Schweiz angespannt, unabhängig von ihrer Trägerschaft. Die Änderung der Trägerschaft ändert daran nichts, auch eine öffentliche Trägerschaft schützt nicht vor finanziellen Fehlentwicklungen. Und ja, das neue Kinderspital ist gebaut und mit diesen Kosten muss man jetzt umgehen. Man muss abschreiben und man muss den Betrieb optimieren, auch eine öffentlich-rechtliche oder eine kantonale Trägerschaft würde daran nichts ändern. Man muss diese Gebäulichkeiten amortisieren, wir kommen gar nicht darum herum, das heisst, das Kinderspital kommt nicht darum herum. Der Kanton kann nur unterstützen. Ob wir den Turnaround mit dem Kinderspital auf 2026 schaffen, das kann ich offenlassen. Es spielt eigentlich gar keine Rolle, denn schlussendlich wird der Kanton Zürich bereitstehen müssen für einen Weiterbetrieb, die Trägerschaft ändert daran nichts.

Darum möchte ich Sie noch einmal bitten, die Motion abzulehnen. Die Kantonsfinanzen lassen eine Übernahme gar nicht zu, wir müssten 1 Milliarde in die Hand nehmen, das ist ein bisschen eine grosse Nummer, um das so hau ruck mit einer Motion zu machen, die Ablehnung ist gegeben. Natürlich müssen wir den weiteren Verlauf, die Finanzen im Griff und im Blick haben, aber wir können all dies mit der Trägerschaft nicht ändern. Ich danke Ihnen allen, wenn Sie die Motion ablehnen.

Philipp Müller (FDP, Dietikon): Wir hatten ja bereits an der letzten Kantonsrats-sitzung vor der Sommerpause Gelegenheit, über das Kinderspital zu diskutieren. Bereits damals hatte ich die Wichtigkeit des Kinderspitals für die medizinische Versorgung der jüngsten und verletzlichsten Mitglieder unserer Gesellschaft betont. Gleichzeitig habe ich aber auch die grossen Sorgen unserer Fraktion rund um die Situation des operativen Betriebs, die anhaltenden Defizite aus dem Spitalbetrieb, den zu optimistischen Businessplan, die prognostizierte Eigenkapitalquote sowie die interne Planungs- und Steuerungsschwäche herausgestrichen.

Diese Bedenken haben sich selbstverständlich auch während der Sommerpause nicht einfach in Luft aufgelöst. Auch unsere Erwartungshaltung im Zusammenhang mit dem erneut gewährten Zusatzkredit bleibt. Was die FDP aber nicht teilt, ist der Glaube – oder vielleicht besser gesagt der Irrglaube –, dass unter staatlicher Trägerschaft dann einfach alles besser würde.

Die Motion will, dass das Kinderspital Zürich in kantonale Trägerschaft – Zitat – «übergehen kann». Ja, was würde das heissen? Das Kinderspital ist seit der Gründung der Eleonorenstiftung im Eigentum dieser Stiftung, das Kispi kann also nicht einfach an den Kanton übergehen. Vielmehr müsste der Kanton, in welcher Form auch immer, der Eleonorenstiftung die Aktiven und Passiven abkaufen. Nun, ich masse mir jetzt nicht an, eine Betriebsbewertung des Kinderspitals machen zu können. Aber bei einer Bilanzsumme von rund 766 Millionen Schweizer Franken im Jahre 2024 muss ich kein Prophet sein, um zu sagen, dass es eben kein Pappentstiel wäre. Selbst wenn der Kanton sich diese Investition gönnen würde, würde sich an der Situation gar nichts ändern. Das Kispi unter kantonomer Trägerschaft und Leitung wäre mit den genau gleichen betrieblichen und regulatorischen Herausforderungen konfrontiert. Die strukturellen Probleme lösen sich nicht einfach, indem wir die Trägerschaft ändern. Allfällige Betriebsdefizite würden fortan einfach in den Tiefen der kantonalen Jahresrechnung verschwinden. Und ja, apropos «verschwinden»: Verschwinden würde nach einer Verstaatlichung noch etwas anderes, nämlich die Spendeneinnahmen. Gerade wegen der Organisationsform als Stiftung erhält das Kinderspital Jahr für Jahr Spenden in Millionenhöhe. Diese Zuwendungen würden nach einer Verstaatlichung weitgehend wegbrechen, etwas anderes zu glauben wäre doch einfach naiv.

Mit der Gewährung der Nachtragskredite für die Jahre 2024 und 2025 erteilte der Regierungsrat der Eleonorenstiftung strenge und konkrete Auflagen. Der Kanton hat nun auch Einsitz in der Stiftungsexekutive und es wurde ein Finanzausschuss mit kantonomem Vorsitz geschaffen. Die FDP begrüsst diese Auflagen, diese gilt es nun konsequent umzusetzen.

Die vorliegende Motion lehnen wir aber ab. Besten Dank.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Wir debattieren heute über einen fundamentalen Richtungsentscheid für unser Gesundheitswesen und vor allem für das Kinderspital Zürich, denn die Motion fordert eindeutig, die private Trägerschaft der Eleonorenstiftung zu beenden und das Spital direkt unter die Fittiche des Kantons zu stellen.

Als Vertreter der Mehrheit der GLP lehne ich diese Motion klar ab. Ein solches Vorgehen ist nicht der richtige Weg für eine liberale und nachhaltige Gesundheitspolitik. Die GLP steht für einen Staat, der Rahmenbedingungen setzt, aber Freiraum für eigenverantwortliches und privates Engagement belässt. Das Zürcher Kinderspital ist seit 150 Jahren ein Paradebeispiel für eine erfolgreiche, private, gemeinnützige Gesellschaft und Trägerschaft. Private Initiative und privates Engagement haben diese Institution aufgebaut und prägen sie bis heute. Wer

meint, ein staatliches Spital sei automatisch besser geführt oder nachhaltiger finanziert als eine private Stiftung, erkennt die Realität. Der Staat kann und muss steuern, aber nicht jedes systemrelevante Unternehmen muss verstaatlicht werden, nur weil es finanzielle Unterstützung braucht. Unsere Spitalversorgung ist bewusst ein Mix aus öffentlichen und privaten Trägern. Das entspricht nicht nur dem Zürcher Erfolgsmodell, sondern auch explizit den gesetzlichen Vorgaben auf nationaler Ebene.

Ich sehe es gleich wie meine Kollegen von SVP und FDP: Die finanzielle Schiefelage des Kinderspitals ist bei allen Herausforderungen der letzten Jahre kein Beleg für einen grundsätzlichen Fehler der Stiftungsstruktur. Vielmehr erleben wir schweizweit, ob kantonale oder privat geführt, eine angespannte Lage in den Spitälern, verursacht durch strukturelle und systemische Probleme des Gesundheitswesens wie steigende Kosten, Tarifdefizite, Fachkräftemangel und einen enormen Investitionsdruck für Infrastruktur und Digitalisierung. Eine grössere Staatsnähe löst diese Probleme nicht.

Die Motion suggeriert, dass mit einer Überführung in die kantonale Trägerschaft alle Defizite, Governance-Fragen und finanzielle Risiken gelöst wären. Der Staat ist aber schon heute als Kapitalgeber, als Aufsichtsorganisation und Finanzierer eng eingebunden mit klar definierten Einsichts- und Steuerungsrechten. Zum Argument der Spendengelder muss ich jetzt nichts mehr sagen, danke, Sibylle Marti. Das Kispi verliert aber auch an Bürgernähe. Es verliert die Leute und belastet die Staatskasse noch mehr. Weitere externe Untersuchungen der Governance und der Finanzstruktur sind bereits im Gang. Die Herausforderung im Zusammenhang mit dem Neubau – das haben wir gehört – bestehen unabhängig von der Trägerschaft. Die Überprüfung von Synergien mit dem Universitätsspital, die Sicherstellung der Refinanzierung und schärfere Aufsicht bieten einen gezielten und verhältnismässigeren Weg vorwärts. Liebe Motionäre und Motionärinnen, ein starker Staat bedeutet nicht, jede private Trägerschaft aufzuheben, sondern die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen und notfalls einzugreifen. Bei den kantonalen Spitälern ist der Kanton als Eigentümer gleichzeitig Auftraggeber, Leistungserbringer und Kontrollorgan, und das ist eine schwierige Kumulation, die ja euch auch nicht passt, wie wir in der vorhergehenden Interpellation (KR-Nr. 210/2023) zum Unispital gehört haben. Der Staat muss Subsidiarität leben, statt Verantwortung selbst übernehmen zu wollen, dann vielleicht ebenfalls zu scheitern und am Schluss dem Steuerzahler die Rechnung zu geben. Ich bitte euch deshalb, das Erfolgsmodell Zürcher Kinderspital leben zu lassen. Geben wir der Eleonorenstiftung die Chance, Handlungsfähigkeit zu zeigen und sich zu verbessern. So stärken wir die Vielfalt im Gesundheitswesen.

Der Grossteil der GLP wird deshalb die Motion nicht überweisen.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Ich lade Sie ein, eine historische Perspektive einzunehmen: Das Kinderspital verdankt seine Existenz Tragödien, unter anderem Tragödien, welche Dr. Konrad Kramer widerfuhren. Gegen Ende des 19.

Jahrhunderts verstarb jedes vierte Arbeiterkind vor dem ersten Lebensjahr. Selten, aber trotzdem, dieses Los traf manchmal auch solventere Menschen. Dr. Kramer verlor nicht nur seinen neugeborenen Sohn, auch seine Gattin verstarb. Und so spendete er die ersten 50'000 Franken zur Errichtung eines Kinderspitals. Hinzu kamen Spenden aus der Zürcher Bevölkerung, und am 12. Januar 1874 nahm das Kispi seinen Betrieb auf. Die Ärzte arbeiteten im Nebenamt und Freiwillige, meist Frauen aus dem Bürgertum, machten gratis die Hauptarbeit. Das Angebot war also sehr bescheiden. Seither – so sagt man es im Werbefilm auf der Website – ging das Kispi immer wieder neue Wege. Und so fragen wir uns auch: Wäre nicht jetzt der richtige Zeitpunkt, in puncto Trägerschaft einen neuen Weg einzuschlagen?

Im 19. Jahrhundert wurden Kinder und Frauen als nicht vollwertige Wesen angesehen, was sich in gesellschaftlichen Strukturen und medizinischen Prioritäten widerspiegelte. Es kann den vielen Spenderinnen und Spendern darum nicht genug gedankt werden, die seit dem 19. Jahrhundert mit ihrem Geld dazu beitrugen, dass in die medizinische Versorgung und Forschung investiert wurde. Heute ist die Pädiatrie eine etablierte Fachrichtung. Die frühere Geringschätzung zeigt sich heute noch in der Lohnstruktur. Verdient ein Urologe durchschnittlich 366'000 Franken pro Jahr, so erreicht ein Kinderarzt knapp die Hälfte mit 170'000 Franken. Und leider gab es in der Sommerpause zwei Meldungen, die doch ein bisschen an die frühere Missachtung von Kindern und Frauen erinnern: Das BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) will die Zahlungen an den Verein SwissPedDose ab 2026 einstellen, eine Datenbank, die jährlich über 100'000-mal von Kinderärztinnen und -ärzten aufgerufen wurde und für die richtige Medikation von Kindern elementar ist. Dass dies die GeKo (*Gesundheitskonferenz des Kantons Zürich*) stört und die Gesundheitsdirektorin zu einem Brief animierte, finden wir erfreulich, wir möchten uns herzlich dafür bedanken.

Weniger erfreulich: Der Kanton Zürich ist bezüglich Brustkrebs-Screening alles andere als vorbildlich. Doch grundsätzlich ist die Gesundheitsversorgung für alle zugänglich und wir alle beteiligen uns an der Finanzierung über Prämien und Steuern. Wir bezahlen auch immer wieder die Rechnung des Kinderspitals. Darum wäre es folgerichtig, dass das Kinderspital, als ausserordentlich wichtiger Player und systemrelevant für die ganze Schweiz, auch über eine kantonale Trägerschaft verfügt. Sollte die Spendenbereitschaft geringer werden, müsste beziehungsweise muss der Kanton – heute wissen wir, dass er muss – sowieso einspringen, und er wird auch in den nächsten Jahren einspringen. Somit sollte der Kanton zumindest über die Eigentümerstrategie minimale Vorgaben machen können. Dies ist effektiv die Veränderung, die diese Motion bringen würde.

Dieser Vorschlag ist keine fehlende Wertschätzung den ehemaligen und aktuellen Donatoren gegenüber, im Gegenteil: Sie haben Kinder und Mütter in die neue Zeitrechnung getragen, und jetzt wäre es einfach effektiv Zeit, einen neuen Weg einzuschlagen. In Armenien hat sich die Stiftung schon Jahrzehnte engagiert, es braucht sie nun auch an anderen Orten der Welt – Sie wissen, wo –, aber doch

nicht in Zürich, auf einem der reichsten Flecken Erde der Welt. Darum unterstützen die Grünen diese Motion.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Die Mitte wird diese Motion nicht unterstützen, denn weder eine neue Trägerschaft noch eine neue Eigentümerstrategie wird die bestehenden Probleme lösen. Die Probleme sind bekannt, sie sind nicht nur im Kinderspital, sie sind in allen Spitälern. Und die Änderungen müssen nicht in den Strukturen innerhalb der Spitäler gelöst werden, sondern es sind Dinge, wie die einheitliche Finanzierung, die gerechten Tarifierungen. Das muss gelöst werden und das wird mit dieser Motion nicht angegangen. Wir werden diese Motion nicht unterstützen.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Die Motion verlangt die Überführung des Kinderspitals Zürich in eine kantonale Trägerschaft, einen Schritt, den wir als Fraktion unterstützen und ich als Motionär mittrage. Das Kinderspital ist eine Institution von weitreichender Bedeutung für die medizinische Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen, für die universitäre Lehre sowie für die Forschung. Die jüngsten Unterstützungsleistungen des Kantons zeigen deutlich, wie systemrelevant das Kinderspital ist und wie stark es bereits heute auf öffentliche Mittel angewiesen ist. In dieser Situation ist es aus unserer Sicht folgerichtig, dass der Kanton auch Verantwortung für die strategische Führung übernimmt. Nur so kann sichergestellt werden, dass Finanzierung, Steuerung und Governance in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Ein oft genanntes Argument gegen die Überführung in eine kantonale Trägerschaft ist die Möglichkeit, Drittmittel, insbesondere Spenden, zu generieren. Es ist richtig, dass das Kinderspital in seiner heutigen Form stark vom Engagement privater Spenderinnen und Spender profitiert. Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass die Bereitschaft, ein Kinderspital zu unterstützen, auch dann bestehen bleiben dürfte, wenn es in kantonale Verantwortung geführt wird, zumal die Zweckbindung der Mittel und der Fokus auf Kinder und Forschung weiterhin gegeben sind. Gleichzeitig stellt sich jedoch auch die Frage, ob dieses Niveau an Drittmitteln auch langfristig gesichert werden kann, unabhängig von der Trägerschaft.

Das Ziel dieser Motion ist keine Kritik an die bisherige Trägerschaft, sondern ein Schritt zu mehr Transparenz, Planungssicherheit und öffentlicher Verantwortung für eine sehr wichtige medizinische Institution unseres Kantons. Ich bitte Sie daher, die Motion zu unterstützen. Besten Dank.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Auch von mir gibt es einen kurzen Rückblick in die Geschichte, denn die Geschichte des Zürcher Kinderspitals ist in der Tat eine spannende: Dr. Konrad Kramer verliert in den 1860er-Jahren seine Frau Maria Eleonora und seinen neugeborenen Sohn im Kindsbett, keine Seltenheit zu dieser Zeit, wie wir auch schon von Jeannette Büsser gehört haben. Seinen Verlust nimmt er zum Anlass, 1868 die Eleonorenstiftung zu gründen, die Trägerin eines

Kinderspitals Zürichs sein soll, für welches er den Zürcher Bürgern 50'000 Franken spendet. Mit diesem Geld soll explizit ein Kinderspital gebaut werden. Da der Betrag bei Weitem nicht ausreicht, wird fünf Jahre später in der NZZ ein Spendenaufruf publiziert, der die nötigen Mittel für ein kleines Spital zusammenbringt. In den kommenden Jahrzehnten soll das Kinderspital vergrössert und zu einem universitären Spital werden, dank unzähliger Spender aus dem Zürcher Bürgertum. Heute strahlt es im neuen Herzog & de Meuron-Gewand (*Schweizer Architekten*) auf der Lengg und steckt, wie wir alle wissen, in grossen finanziellen und strukturellen Problemen. Die Geschichte zeigt: Ohne das Engagement der vielen Spender gäbe es das Kinderspital in dieser Form wohl nicht. Und mit dieser Motion wollen wir die Herkunft und die Geschichte des Kinderspitals auch gar nicht schlechtreden, im Gegenteil: Ganz im Geiste der Gründungsgeschichte wollen wir ein Kinderspital, das auf sicheren Füßen stehen kann, das sich voll und ganz um seine jungen Patientinnen und Patienten kümmern kann, das forschen und gleichzeitig auch ein guter Arbeitsgeber sein kann. Das Kispi ist über die Kantonsgrenze hinaus systemrelevant. Rund die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen des Kantons werden im Kispi behandelt. Auch steht das Spital auf der interkantonalen Spitalliste über bestimmte Versorgungsaufträge in der hochspezialisierten Medizin, betreibt wichtige Forschung und bildet neue Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte aus.

In einem Video auf der Webseite des Kinderspitals wird die Frage aufgeworfen, wie viel die Gesellschaft für die medizinische Versorgung von Kindern zu zahlen bereit ist. Diese Frage ist natürlich etwas pathetisch, da die Finanzströme im Gesundheitsbereich nicht ganz so einfach sind. Nichtsdestotrotz ist genau diese Frage aktueller denn je. Es geht aber nicht nur um das Wieviel, sondern auch um das Wer-bezahlt-wann-was und Wer-entscheidet-wann-was.

Für die Alternative Liste und die linken Parteien ist es ein langjähriges Anliegen, dass systemrelevante Spitäler Aufgabe des Staates sein müssen und nicht in private Hände gehören. Aktuell hat sich dieses Anliegen insofern verschärft, als dass der Kanton mit Millionenbeträgen in die Bresche springen muss, wenn der Untergang droht, aber weder bei der Steuerung oder Ausrichtung noch bei der Geschäftsführung wirklich mitreden kann, und das ist stossend. Natürlich ist uns bewusst, dass im vergangenen Jahr bereits viel gemacht wurde: die externe Untersuchung, ein Massnahmenplan, wie der Businessplan eingehalten werden kann, die Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten mit dem Universitätsspital, um Synergien besser zu nutzen. Das alles begrüsst die Alternative Liste. Wir sind aber nach wie vor der festen Überzeugung, dass systemrelevante Spitäler klar in öffentliche Hand gehören. Ob die Spendenbereitschaft tatsächlich zurückgehen würde, ist eine reine Vermutung, die ich persönlich zu bezweifeln wage. Gespendet wird für Forschungsprojekte, um Kinderkrankheiten behandeln zu können oder für den Neubau, und diese Spenden werden unserer Ansicht nach nicht abbrechen. Und wenn ich lese, dass das Spital sparen und mehr Geld einnehmen muss, dann stellen sich meine Nackenhaare auf, denn übersetzt heisst das Sparen

beim Personal, mehr Geld einnehmen über Nachbehandlungen oder Untersuchungen anzuordnen, die nicht nötig wären oder in kostengünstigeren Infrastrukturen durchgeführt werden könnten.

Die Alternative Liste überweist die Motion, die wir mitunterzeichnet haben, und ich hoffe, Sie tun es uns gleich. Besten Dank.

Sibylle Marti (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Vielen Dank für diese interessante Debatte. Es freut mich, dass wir eigentlich alle eine sehr ähnliche Einschätzung der Lage haben. Ich bin mit fast allem einverstanden, was zum Beispiel Lorenz Habicher zur Einschätzung der Lage gesagt hat, aber auch, was Josef Widler, Philipp Müller, teilweise auch Daniel Rensch gesagt haben. Der Punkt dieser Motion ist nicht zu behaupten, die finanziellen oder betrieblichen, regulatorischen, sprich die strukturellen Herausforderungen wären grundsätzlich anders, wenn das Kinderspital eine kantonale Trägerschaft hätte. Natürlich ist das nicht so, weil diese Voraussetzungen ja vor allem auch vom Bund gemacht werden und weil sie alle Spitäler in der Schweiz gleichermassen, grösstenteils betreffen.

Ich glaube aber, dass vor allem die rechten Fraktionen und die Mehrheit der GLP nicht ganz verstanden haben, was der Punkt ist, Nicole Wyss hat ihn jetzt gleich noch einmal erwähnt, der Punkt ist sehr einfach: Wenn wir dazu gezwungen sind – und ich habe Ihnen erklärt, warum das so ist, es ist wegen der Systemrelevanz –, wenn wir gezwungen sind, in Zukunft so oder so Geld in dieses Spital einzuschliessen, wenn es eben eigentlich eine Staatsgarantie ist, es eine Staatshaftung gibt für dieses Spital, dann ist das für uns okay. Aber das bedingt auch, dass das Spital, dass die Infrastruktur einem selber gehört, das ist der Punkt. Und ich glaube auch, dass das viele Steuerzahlerinnen und Steuerzahler draussen, wenn man sie fragen würde, auch so sehen würden, dass sie bereit sind, Geld zu investieren, wenn dann die Infrastruktur eben auch einem selber gehört, wenn man selber darüber bestimmen kann, wie man sie führt, wenn man sie selber beaufsichtigen kann, und so weiter und so fort, und das ist der Punkt.

Und Daniel Rensch: Eigenverantwortung gibt es in diesem Sinne nicht, wenn es gleichzeitig eine Staatshaftung gibt, und das ist doch der Punkt und das ist auch das Anliegen dieser Motion.

Und Lorenz Habicher: Der Kanton wird Geld in die Hand nehmen müssen, ob es ihm passt oder nicht, das ist meine Prognose. Ich glaube eigentlich, dass du sie insgeheim auch teilst, auch wenn du es nicht so gesagt hast. Und insofern ist die von dir rhetorisch aufgeworfene Frage, ob sich der Kanton Zürich denn dieses Kinderspital wirklich leisten könne, wirklich nur rhetorisch, denn er wird es sich schlicht und einfach leisten können müssen.

Ich danke der AL, den Grünen, der EVP und Teilen der GLP dafür, dass sie die Motion unterstützen. Es hätte mich interessiert, Herr Rensch, auch die Argumente des Teils der GLP zu hören, der mit uns einverstanden ist. Vielleicht können wir das im Anschluss noch bilateral klären. Wir werden uns auch vorbehalten, natürlich sehr eng weiterzuverfolgen, was mit dem Kinderspital läuft, und wir werden

uns auch vorbehalten, zum gegebenen Zeitpunkt diese Motion noch einmal einzureichen, weil ich ganz, ganz, ganz sicher bin: Das Thema ist leider nicht vom Tisch.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Kein Spital wird in diesem Saal mehr diskutiert als das Kinderspital, gefühlt nämlich jedes Mal, wenn ich hier eingeladen bin. Einerseits zeigt das die Bedeutung des Kinderspitals auf, die Sie alle hervorgehoben haben, und andererseits frage ich mich aber, ob es den Betrieb stabilisiert, wenn eigentlich jedes Mal wieder gesagt wird, in was für einer Krisensituation das Kispi ist.

Wenn wir zurückschauen, wird die Spitalversorgung im Kanton Zürich seit über 150 Jahren im Verbund kantonaler, kommunaler und privater Institutionen sichergestellt. Das widerspiegelt sich auch in der geltenden Spitalliste des Kantons Zürich, wir haben das heute Morgen schon diskutiert. Zu den privaten Institutionen, die einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsversorgung leisten, gehört sicher das Kispi. Seit der Gründung wird das Spital von der Eleonorenstiftung als private Trägerin betrieben, wie auch verschiedene von Ihnen festgehalten haben.

Die Frage, ob die universitäre kindermedizinische Versorgung auch künftig von einer privaten Institution wahrgenommen werden soll oder ob der Staat ein Kinderspital errichten, übernehmen oder betreiben will, wurde wiederholt geprüft und bislang stets verworfen, auch von Ihnen. Die Trägerschaft des Kispi hat sich bislang grundsätzlich bewährt. Die aktuelle finanzielle Lage des Kispi ist und bleibt aber weiterhin kritisch. Der Neubau hat sehr viel Geld gekostet und ist auch ein Hauptgrund dafür. Ich habe mich dieses und letztes Jahr dazu im Kantonsrat bereits geäußert, zuletzt auch vor den Sommerferien, und verzichte jetzt darauf, die ganze Geschichte noch einmal wiederzugeben. Jedenfalls wurde die gesprochene Subvention an strikte Auflagen geknüpft. Auch hat der Regierungsrat wieder zwei Vertretungen in den Stiftungsrat der Eleonorenstiftung entsendet, governance-mässig eigentlich fragwürdig, aber berechtigt, und ich danke Ihnen auch für die Unterstützung, denn wir mussten noch bei keinem anderen Zürcher Spital direkt Geld einschiessen. Darum nehmen wir in einer Übergangsphase mindestens die Verantwortung wahr und sind so sehr nah dran.

Die Eleonorenstiftung ist bis Ende Jahr angehalten, Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus den verschiedenen Berichten zu erstatten. Daneben muss das Kispi ein Ergebnisverbesserungsprogramm vorlegen und auch die Gesundheitsdirektion in monatlichen Reportings über die finanzielle Entwicklung informieren. Wir wiederum werden die Finanzkommission im September über den aktuellen Stand informieren. Wir sind aktuell daran, ein Risikomanagement mit einer Szenario- und Massnahmenplanung auszuarbeiten, um auf eine allfällige Verschärfung der finanziellen Lage des Kispi vorbereitet zu sein. Dass der ehemalige CEO das Kispi verlassen hat, macht die Situation umso herausfordernder. Gefragt ist nun ein Turnaround-Manager beziehungsweise -Managerin, Sie haben es ja mitbekommen, die neue CEO (*Julia Hillebrandt*) startet Anfang 2026 und sie wird von Beginn an voll gefordert sein. Neben den Finanzen und der Versorgung

wird sie vor allem auch die Governance-Themen angehen müssen. Auch in der Stiftungsexekutive wird es zu einem Wechsel kommen, Sie haben das mitbekommen.

Kantonsrätin Marti, ich kann Ihre Argumente gut nachvollziehen und ich finde es wichtig, dass der Kantonsrat hier dranbleibt. Aber ich glaube, jetzt, heute das Kispi zu verstaatlichen, weil alles so läuft und wir eng dran sind und dem Kantonsrat auch Bericht erstatten, ist sicher der falsche Zeitpunkt. Ich bin überzeugt, die Verantwortlichen des Kispi, die müssen jetzt liefern. Die Eleonorenstiftung ist gegen diese Motion, gegen die Verstaatlichung des Kispi, und darum ist sie jetzt gefordert, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen. Aber es ist auch wichtig, ich habe es gesagt, dass Sie dranbleiben, und ich hoffe, dass dem Kispi der Turnaround gelingt. Zuletzt möchte ich aber auch noch darauf hinweisen, dass es dem Kispi wirklich gelungen ist, viele Sponsorengelder, Spenden et cetera herinzuholen, was ich nicht glaube, dass es dem Kispi gelingen würde, wenn es verstaatlicht wäre.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie namens des Regierungsrates, die Motion nicht zu überweisen. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 62 Stimmen (bei 1 Enthaltung), die Motion KR-Nr. 160/2024 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.